



Abdruck

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen

StMLU • Postfach 810140 • 81901 München

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags

81627 München

Ihre Nachricht vom, Ihre Zeichen
30.06.2000

Unser Zeichen

(0 89) 92 14-

München
29.09.2000

Eingabe des Herrn Raimund Kamm u.a. vom 26.06.2000 wegen Bürgerbeteiligung an einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren

Anlagen:

3 Abdrucke dieses Schreibens

Sehr geehrter Herr Präsident,

zur Eingabe nehme ich wie folgt Stellung:

Die Betreiber des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II) haben mit Schreiben vom 14.09.1999 eine Genehmigung gemäß § 7 Atomgesetz (AtG) zur Erhöhung der thermischen Reaktorleistung ihrer Blöcke B und C um jeweils 6,8 % auf künftig 4.100 MW beantragt. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) hat als die hierfür zuständige Genehmigungsbehörde ein förmliches Verwaltungsverfahren nach den Bestimmungen der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) eingeleitet und ein umfassendes Sicherheitsgutachten in Auftrag gegeben, das im Frühjahr 2001 zu erwarten ist.



Rosenkavalierplatz 2
81925 München
U4 Arabellapark

Telefon: (0 89) 92 14-00
e-mail: poststelle@stmlu.bayern.de
X.400: S=poststelle; O=stmlu; P=bayern; A=dbp; C=de

Telefax: (0 89) 92 14-22 66
Internet: <http://www.bayern.de/stmlu>

Über das Vorhaben wurde von den Betreibern (in Kraftwerksgesprächen, im Info-Zentrum und im Internet) ebenso wie vom StMLU (durch Landtagsbericht vom 28.06.2000, s. auch Drs. 14/3258 und Antworten auf Bürgerzuschriften) ausführlich informiert. Gleichwohl haben sowohl Mitglieder des Landtags als auch Bürger der Region eine förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Bestimmungen der §§ 4 ff folgende AtVfV gefordert - im Wesentlichen begründet mit der Forderung nach Information der Öffentlichkeit.

Wie die Petenten selbst einräumen, ist eine solche Öffentlichkeitsbeteiligung rechtlich nicht vorgeschrieben. Die in der AtVfV genannten Gründe für ein Absehen von diesem besonderen Verfahrensschritt liegen zweifelsfrei vor. Ein Anlass für die Durchführung einer fakultativen Öffentlichkeitsbeteiligung über das rechtlich gebotene Maß hinaus - etwa wie seinerzeit beim Genehmigungsverfahren zum Einsatz von Mischoxid-Brennelementen im KRB II (6. Änderungsgenehmigung vom 28.01.94) - ist nicht erkennbar.

Das StMLU hat in verantwortlicher Wahrnehmung eigener Kompetenz abschließend entschieden, im vorliegenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zur Erhöhung der thermischen Reaktorleistung des KRB II keine (zusätzliche) Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Diese Entscheidung wurde von dem für die Rechts- und Zweckmäßigkeitssaufsicht über den Vollzug des AtG zuständigen Bundesumweltministerium nicht beanstandet. Mit ihr bewegt sich das StMLU auf dem Boden der gefestigten bundesweiten Praxis in vergleichbaren Fällen (das KRB II ist eine der letzten Anlagen, deren Leistung erhöht werden soll!) und trägt auch dem verwaltungsrechtlichen Gebot zur Wahrung der Verfahrensökonomie Rechnung.

Entscheidungserheblich ist, dass die seinerzeit im Genehmigungsverfahren zum Einsatz von Mischoxid-Brennelementen im KRB II fakultativ durchgeführte Öffentlichkeitsbeteiligung (1991 bis 1993) zusätzlich 2 Jahre Verfahrensdauer, 5 Mio. DM Aufwand und eine enorme Arbeitsbelastung des StMLU verursacht hat, ohne dass daraus irgendein relevanter Erkenntnisgewinn für die Genehmigungsbehörde gewonnen werden konnte. Aus dieser Erfahrung heraus ist das StMLU definitiv gehindert, zu Lasten der Antragsteller im Genehmigungsverfahren (Betreiber des KRB II) und der Staatskasse dem Petitum des Herrn Raimund Kamm u. a. zu entsprechen.

Die von den Petenten aufgestellte Frageliste bezieht sich ohne jede Darlegung eigener Betroffenheit lediglich auf Themen, die im Zuge des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens ohnehin ermittelt und bewertet werden müssen und die bereits zu Verfahrensbeginn vom StMLU als Aufgabenstellung für das beauftragte sicherheitstechnische Gutachten definiert worden sind. Durch diese Frageliste geben die Petenten bereits zu erkennen, dass sie den Zweck einer Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 4 ff AtVfV gründlich verkennen: Es geht nicht darum, dass Einwender bzw. betroffene Bürger die Genehmigungsbehörde und ihre Gutachter oder die Antragsteller wie beabsichtigt befragen, sondern vielmehr um substantiiertes Gegenvorbringen zum Vorhaben. Herr Raimund Kamm ist hier noch dadurch in Erinnerung, dass er sein (Miß-)Verständnis vom Zweck einer Öffentlichkeitsbeteiligung im Erörterungstermin zum Einsatz von Mischoxid-Brennelementen im Jahr 1993 mit allen Mitteln durchzusetzen trachtete.

Im übrigen bleibt es jedermann unbenommen, sich beim Betreiber des KRB II, z. B. über Internet, im Info-Zentrum oder bei den regelmäßigen Kraftwerksgesprächen über das Vorhaben zu informieren und sein substantiiertes Gegenvorbringen, seine Bedenken oder seine Anregungen der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde zur Kenntnis zu bringen. Diese hätte nach dem Amtsermittlungsgrundsatz im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren auch solche Argumente zu berücksichtigen (§ 24 Verwaltungsverfahrensgesetz).

Nach alledem kommt eine Öffentlichkeitsbeteiligung im vorliegenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren nicht in Betracht. Der Bayerische Landtag wurde in der Plenarsitzung vom 17.05.2000 und in der Sitzung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 27.01.2000 bereits entsprechend unterrichtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

I.V.

